

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

30.09.2009

Ausschussbetreuender Fachbereich

Kulturbüro

Schriftführung

Petra Weymans

Telefon-Nr.

02202-142554

Niederschrift

Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport
Sitzung am Dienstag, 08.09.2009

Sitzungsort

Rathaus Bensberg, Ratssaal
Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:25 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**

- 2.1 Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 21.04.2009 - öffentlicher Teil**

- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 09.06.2009 - öffentlicher Teil -**

0336/2009

- 4 **Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 5 **Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 6 **Konjunkturpaket II**
- Verfügung restlicher Mittel
0366/2009
- 7 **Ausbau der Infrastruktur aus Mitteln des Konjunkturpaketes II (Sportplätze und Schulmensen)**
0360/2009
- 8 **Fragebogen zur Sportentwicklungsplanung**
0353/2009
- 9 **Schenkung des Sammlerehepaares Welle in Paderborn an die Galerie Villa Zanders**
331/2009
- 10 **Ausbau der Infrastruktur aus Mitteln des Konjunkturpaketes II (Bücherei Bensberg)**
0365/2009
- 11 **Sprach- und Leseprojekt 2009**
0364/2009
- 12 **Antrag der FDP-Fraktion vom 15.06.2009 auf Initiierung eines Projektes "Schultechnikum Rheinberg"**
0351/2009
- 13 **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Miede eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung.

Herr Dr. Miede begrüßt sodann den Kämmerer Herrn Mumdey, die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Kirchen und Verbände, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Gäste, stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung des Ausschusses und die fehlenden Ausschussmitglieder (siehe Anwesenheitsliste) fest.

Herr Dr. Miede tritt in die Tagesordnung ein.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird vom Ausschuss einstimmig genehmigt.

2.1. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 21.04.2009 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird vom Ausschuss einstimmig genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 09.06.2009 - öffentlicher Teil - 0336/2009

Frau Lehnert möchte gerne den aktuellen Sachstand zum Neubau der Sport- und Schwimmhalle der Wilhelm-Wagener-Schule (TOP A17) wissen.

Herr Mumdey erklärt, es gebe eine Liste der Investitionen, die von der Haushaltssperre betroffen seien. Das Gesamtvolumen liege bei 18 Mio. Euro Investitionsmittel und 9 Mio. Euro Verpflichtungsermächtigungen. Darunter falle auch der Neubau der Sport- und Schwimmhalle Mohnweg. Seiner Ansicht nach sei es auf Grund der Wichtigkeit dieser Angelegenheit Aufgabe des Rates, die Entscheidung zu treffen, für welche Investition die Haushaltssperre aufgehoben werde. Des Weiteren teilt er mit, mit den betroffenen Vereinen sei ein Gespräch bezüglich des Beginns der Maßnahme geführt worden. Eine Nutzung der Sport- und Schwimmhalle bis Ende November und Baubeginn im Dezember, wie von den Vereinen gewünscht, stehe seines Erachtens nichts im Wege, sofern der Rat sich für die Durchführung des Neubaus ausspreche.

Herr Dr. Miede teilt mit, die SPD-Fraktion habe einen Antrag in dieser Angelegenheit an den Rat gestellt.

Der Durchführungsbericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Der Vorsitzende macht keine Mitteilungen.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Dr. Speer trägt folgende Mitteilungen vor:

- Die Ausstellung „Doppelpässe“ in Kombination mit der Jubiläumsausstellung „100 Jahre SV Bergisch Gladbach 09“ im Kulturhaus Zanders werde am 10.09.2009 eröffnet. Jeder sei herzlich eingeladen, diese Ausstellung zu besuchen, die auch eine gelungene Symbiose von Kultur und Sport darstelle.
- Der in der letzten Ausschusssitzung bei TOP 10 gewünschte Kassenbericht des Bürgerzentrums Steinbreche liege als Tischvorlage vor.
- Die Auswertung der OGS-Befragung (TOP 8 der letzten Sitzung) werde vom Jugendamt überarbeitet und erneut vorgelegt.
- Die Bücherei Bensberg werde nach Abschluss der Bauarbeiten ihre Öffnungszeiten erweitern:

Di 13 – 18 Uhr (+ 1 Std.)

Mi 10 – 13 Uhr

Do 10 – 18 Uhr (+ 4 Std.)

Fr 13 – 18 Uhr (+ 1 Std.)

Sa 10 – 13 Uhr

Diese Erweiterung sei durch Umorganisation der Schulbibliotheken und einer damit verbundenen Personalumbesetzung zur Bücherei Bensberg ermöglicht worden.

6. Konjunkturpaket II - Verfügung restlicher Mittel 0366/2009

Herr Dr. Miede schlägt vor, auf Grund des inhaltlichen Zusammenhangs der Tagesordnungspunkte A6 und A7 den Tagesordnungspunkt A6 als Mitteilungsvorlage zur Kenntnis zu nehmen.

Der ABKSS fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird in eine Mitteilungsvorlage umgewandelt.

Die Vorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

7. Ausbau der Infrastruktur aus Mitteln des Konjunkturpaketes II (Sportplätze und Schulmensen) 0360/2009

Herr Mumdey erklärt, er habe diese Vorlage auf Grund der von ihm verkündeten Haushaltssperre weder gefertigt noch unterschrieben. Er erläutert ergänzend, die Stadt befinde

sich im nächsten Jahr im Nothaushalt. Dies habe eine Nettokreditaufnahme von null minus ein Drittel zur Folge. Nach derzeitigem (heutigem) Stand könne somit nur eine Kreditaufnahme von 5,1 Mio. Euro erfolgen. Dazu erwarte man noch bestimmte Einnahmen von ca. 13 Mio. Euro. An Gesamtinvestitionen stünden also insgesamt ca. 18 Mio. Euro zur Verfügung. Herausgenommen seien nur die im Sinne des Gesetzes rentierlichen, d.h. gebührenfinanzierten Bereiche. Die Mittelanmeldungen der Fachbereiche für Investitionen (Regionale 2010, Sportstätten, Maßnahmen des FB 8 wie Schulausbauten usw.) hätten jedoch einen Kreditbedarf von 30,2 Mio. Euro ergeben.

Die Möglichkeit der Mittelübertragung ins nächste Haushaltsjahr, deren Anrechnung und die Höhe der Mittelübertragung werde derzeit auf Nachfrage der Stadt durch die Kommunalaufsicht geprüft. Eine Klärung erwarte er bis zur Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses.

Herr Dr. Speer unterrichtet den Ausschuss über die Beschlusslage des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann. Dieser habe aus Gendersicht einstimmig bei fünf Enthaltungen (eine KID Initiative, eine FDP, zwei GRÜNE und eine SPD) die Empfehlung gegeben, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung vorbehaltlich der Finanzierung zu folgen.

Herr Willnecker bedankt sich bei Herrn Mumdey für die Vorabinformationen. Er erklärt, die CDU-Fraktion habe sich von Beginn an in hohem Maße für die Kunstrasenplätze eingesetzt und werde dies auch weiterhin tun. Die Vereine hätten sich auf einen Anbieter geeinigt; dies führe zu einem entsprechenden Kostenvorteil. Damit aber der Rat bzw. der Fachausschuss zeitnah eine Entscheidung treffen könne, sei folgende Vorgehensweise erforderlich. Erstens habe bis Anfang Oktober die Einreichung tragfähiger Finanzierungskonzepte durch die Vereine zu erfolgen. Danach müsse die Prüfung der Finanzierungskonzepte und der Bürgerschaftsfrage durch die Verwaltung erfolgen, damit dann z.B. Ende Oktober bei der Ratssitzung ein Beschluss herbeigeführt werden könne. Ein Vorabbeschluss ohne Finanzierungskonzept sei auf Grund der Vorinformationen nicht möglich.

Herr Neu stellt fest, dass nach den Erläuterungen des Kämmerers sehr viele Punkte in der Vorlage fraglich seien. Dies betreffe u.a. auch die Sportplätze Steinbreche und „Braunsberg“ in Herkenrath, die ja in der Priorität ganz oben stünden. Er findet, ein Beschluss könne in dieser Sitzung nicht herbeigeführt werden, da erst abzuwarten sei, welche Haushaltsmittel für diesen Zweck noch zur Verfügung gestellt werden. Sei dies nicht der Fall, dann blieben nur die Mittel aus dem Konjunkturpaket II. Eine Auswahl müsse dann in der Reihenfolge der Prioritätenliste erfolgen, das hieße zuerst die Sanierung der Sportplätze Steinbreche und Herkenrath und dann die der anderen. Seiner Meinung nach solle die Entscheidung aber bereits in der Ratssitzung am 29.09.2009 getroffen werden, damit mit den Sanierungen noch in diesem Jahr begonnen werden könne. Des Weiteren spricht er Punkt 5 des Beschlussvorschlages - Bau der Schulmensa am städtischen Nicolaus-Cusanus-Gymnasium - an. Er könne sich vorstellen diesen Punkt des Beschlussvorschlages heute zu entscheiden, aber nicht die anderen Punkte 1-4, sondern diese durch den Finanz- und Liegenschaftsausschuss und den Rat.

Herr Dr. Miede schlägt somit vor, über die Punkte 1 bis 4 keine Beschlussempfehlung abzugeben und den Punkt 5 befürwortend an den Finanz- und Liegenschaftsausschuss und Rat weiterzugeben.

Herr Mumdey weist noch darauf hin, für die Mittel des Konjunkturpaketes II seien keine Veranschlagungen im Haushalt erforderlich. Der Ratsbeschluss ersetze praktisch die Veranschlagungen im Haushaltsplan. Ein wirksamer Ratsbeschluss könne frühestens am 29.09.2009 erfolgen.

Herr Mömkes bezweifelt, ob die Vereine in so kurzer Zeit ein entsprechendes Finanzierungskonzept vorlegen können. Eine Entscheidung am 29.09.2009 wäre wünschenswert und auch für die Vereine für weitere Planungsschritte außerordentlich wichtig. Spätestens zum 27.10 müsse jedoch dann eine Entscheidung vorliegen. Konzepteinreichung durch die Vereine und Prüfung dieser durch die Verwaltung sollten schnell erfolgen, damit baldmöglichst eine Entscheidung getroffen werden könne.

Herr Schneeloch plädiert auf Grund der Ausführungen des Kämmerers für eine Auflistung der anstehenden möglichen Investitionen für die kommende Finanz- und Liegenschaftsausschusssitzung und Ratssitzung, um einer möglicherweise falschen Prioritätensetzung vorzukommen. Es solle eine Vorlage erstellt werden, die alle wichtigen oder sämtliche mögliche Investitionen auflistet, damit man dann noch mal in Ruhe diskutieren könne.

Auch Herr Dr. Bernhauser findet, eine spätere Beschlussnahme sei der richtige Weg. Zuerst benötige man weitere Informationen und müsse wissen, ob der Rat die Haushaltssperre aufhebe. Von den Vereinen jetzt schon schlüssige Finanzierungskonzepte zu verlangen, sei derzeit jedoch verfrüht. Erst müsse feststehen, ob Haushaltsmittel für die Sanierung der Sportplätze Steinbreche und Herkenrath zur Verfügung stünden oder ob eine Finanzierung aus Mitteln des Konjunkturpaketes II erfolgen müsse. Wenn dies geklärt sei, solle man die anderen Bewerber auffordern, Finanzierungskonzepte vorzulegen, um keine falschen Hoffnungen bei diesen zu wecken.

Frau Lehnert widerspricht dieser Auffassung. Die Situation sei außerordentlich schwierig, da Mittel verteilt werden sollten, aber die Höhe, in der diese zur Verfügung stehen, derzeit nicht bekannt sei. Um den Mittelbedarf zu ermitteln, sollten die Vereine ihrer Meinung nach Finanzierungskonzepte einreichen. Des Weiteren erklärt sie, könne über den Punkt 5 des Beschlussvorschlages in der jetzigen Ausschusssitzung abgestimmt werden.

Herr Kamp teilt die Auffassung, die Entscheidung zu verschieben und im Rat treffen zu lassen. Allerdings findet auch er, die Vereine sollten bereits vorab ihre Finanzierungskonzepte einreichen, damit zügig eine Entscheidung herbeigeführt werden könne.

Herr Kleine stellt fest, es werde der Eindruck erweckt, alles drehe sich nur um die Kunstrasenplätze. Durch das Konjunkturpaket II erhalte die Stadt zusätzliche Mittel. So könnten schon jetzt die Sportplätze saniert und in Kunstrasenplätze umgewandelt werden. Diese vorgezogenen Investitionen belasteten nicht den städtischen Haushalt. Ob dies bei der knappen Haushaltslage in den kommenden Jahren noch aus Haushaltsmitteln möglich sei, sei fraglich. Ein Nebeneffekt der Verwendung der Konjunkturmittel sei ja auch die Ankurbelung der Wirtschaft. Seiner Meinung nach hätten die Vereine, die Kunstrasenplätze bekommen sollten, sicherlich auch schon Finanzierungskonzepte vorbereitet. Die Prüfung der soliden Finanzsituation geschehe durch die Verwaltung. Er schlägt vor, die Verwaltung dahingehend zu autorisieren, dass diese bei einer soliden Finanzsituation des Vereins „grünes Licht“ gebe; somit könne die Angelegenheit schneller angegangen werden.

Herr Gerhards erklärt für die FDP-Fraktion, auch sie sei für ein Schieben oder Vertagen der Entscheidung zu Ziffer 1 bis 4. Ziffer 5 könne jedoch in der heutigen Sitzung entschieden werden. Er erläutert ergänzend, für die FDP-Fraktion sei nicht nur das „wie“ der Finanzierung unklar, sondern auch das „ob“. Seiner Ansicht nach sei es unverantwortlich, in Kunstrasenplätze zu investieren, während die Pflichtaufgaben, wie der Neubau Schwimmbad Mohnweg, die Schulmensen oder die Sanierung einer Grundschule, nicht erledigt seien. Sicherlich müssten die Sportplätze saniert werden, die dies nötig hätten, wie Steinbreche oder

Braunsberg in Herkenrath. Ob man jedoch in dieser Größenordnung fünf Kunstrasenplätze schaffen müsse, bezweifle er.

Herr Willnecker stimmt Herrn Kleine zu. Ferner partizipierten ja auch die Schulen in hohem Maße von den Kunstrasenplätzen, was wiederum der Bildung diene. Auch er könne die Vereine nur bitten, so schnell wie möglich Finanzierungskonzepte einzureichen.

Herr Dr. Miege weist noch einmal darauf hin, eine Auswahl werde über den Finanz- und Liegenschaftsausschuss im Rat getroffen. Eine Entscheidung wäre nur eine Anregung für die beiden weiteren Ausschüsse.

Herr Schneeloch möchte gerne noch vor der nächsten Sitzung geklärt haben, in wie weit sich die Grundgesetzänderung auf die Verwendung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II für bestimmte Maßnahmen auswirke. In der Vorlage TOP A6 stehe unter Alternativen, nicht verwendete Mittel würden für Sportplätze und Mensen für die Sanierung des Stadthaus verwendet werden. Es hätte dies gerne vor der nächsten Sitzung geklärt.

Herr Neu geht nochmals auf den Zeitpunkt ein und schlägt vor, doch eine Entscheidung bei der Ratssitzung am 29.09.09 anzustreben. Es sei wichtig und im Sinne der Vereine noch in diesem Jahr beginnen zu können, auch bezogen auf den Kostenvoranschlag des Anbieters.

Herr Willnecker entgegnet, sie seien nicht gegen den 29.09.2009. Dies sei jedoch davon abhängig, ob die Vereine bis zu diesem Termin Finanzierungskonzepte einreichen könnten.

Herr Dr. Miege warnt vor dem 29.09. Er fände es nicht gut, wenn ein Verein aus Zeitgründen sein Finanzierungskonzept nicht einreichen könne und damit nicht wettbewerbsfähig sei.

Herr Mumdey nimmt zu den vorangegangenen Wortmeldungen Stellung und spricht zunächst die von Herrn Schneeloch angesprochenen Prioritäten an. Richtig sei, für die Beurteilung einer Maßnahme die Konkurrenzprojekte zu berücksichtigen. Auf Grund der bereits erläuterten Haushaltslage werde diese Prioritätenliste derzeit aufgestellt. Spielraum und anstehende Konkurrenzprojekte seien zu ermitteln. Bezüglich der Mittel für die Kunstrasenplätze schlägt er vor, der Rat solle festlegen, in welcher Höhe er Mittel für den Bau von Kunstrasenplätze aus dem Konjunkturpaket zur Verfügung stelle. Dann könne als nächster Schritt eine Priorisierung erfolgen. Und dann hätten die Vereine die Gelegenheit ihre Finanzierungskonzepte zu erstellen. Die Prüfung dieser erfolge durch die Verwaltung.

Herr Mumdey erklärt noch, er habe Bedenken wegen der in der Vorlage aufgeführten zusätzlichen Haushaltsmittel (1 Mio. Euro), die auch in Konkurrenz zu anderen Projekten stehen. Deswegen habe er die Vorlage nicht unterschrieben. Ferner erklärt er, der Sanierungsbedarf sei längst per Vorlage festgestellt. Derzeit seien akut zwei Sportplätze sanierungsbedürftig: Steinbreche und Herkenrath. Für die anderen sei Sanierungsbedarf vermittelt worden, als bekannt geworden sei, Mittel aus dem Konjunkturpaket könnten unter Umständen dafür verwendet werden.

Auf Rückfrage von Frau Lehnert, wann die Vereine nun die Finanzierungskonzepte einreichen sollen, erklärt Herr Dr. Miege, dies könne der Ausschuss nicht entscheiden, da dies davon abhängt, ob die Ratssitzung am 29.09.2009 stattfindet oder nicht. Diese Frage könne ja im Finanz- und Liegenschaftsausschuss noch einmal diskutiert werden.

Herr Neu geht noch auf die Äußerung des Kämmerers zu den zusätzlichen Mitteln ein. Er entgegnet, die Mittel für die Sanierung der Sportplätze Steinbreche und Herkenrath seien nicht dazugekommen, sondern bereits im Haushalt eingestellt gewesen.

Herr Mumdey erwidert, die Stadt sei nun im Nothaushalt. Die Prioritäten lägen nun anders, ebenso gelten nun andere Obergrenzen.

Zu Ziffer 1 bis 4 gibt der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport - einstimmig - keine Beschlussempfehlung ab.

Zu Ziffer 5 fasst der ABKSS **einstimmig** folgende Beschlussempfehlung:

Für den Bau der Schulmensa am städtischen Nicolaus-Cusanus-Gymnasium werden 300.000,- € aus Mitteln des Konjunkturpaketes II reserviert. Für denselben Zweck werden aus Mitteln des FB 8 bis zu 100.000,- € - bei Aufhebung der Haushaltssperre – zur Verfügung gestellt.

8. Fragebogen zur Sportentwicklungsplanung *0353/2009*

Herr Dr. Speer erläutert, der Fragebogen sei ein erster Baustein im Prozess des Sportentwicklungsplans. Ferner unterrichtet er den Ausschuss über das Beratungsergebnis des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann. Dieser habe einstimmig folgende Empfehlung für den ABKSS gegeben: Der vorgelegte Fragebogen solle folgende Änderungen/Ergänzungen enthalten:

1. Geschlechtsspezifische Sprache sei durchgängig zu verwenden, insbesondere sei unter Frage 29 des Fragebogens „Schüler“ und unter Frage 18 „Übungsleiter“ entsprechend die weibliche Form zu ergänzen.
2. Auf sinnvolle Seitenumbrüche solle geachtet und entsprechend ein Seitenumbruch vor Frage 5 eingegeben werden.
3. In den Fragen 22 und 23 solle nach Mädchen und Jungen differenziert werden.
4. Eine neu hinzuzufügende Frage solle das Sicherheitsempfinden in der Sportanlage abfragen.
5. Die Abfragen sollten das vollständige Sportangebot einschließlich der kommerziellen Anbieter und der VHS berücksichtigen.
6. Eine Zeile „Weitere Anregungen“ solle aufgenommen werden.

Dr. Speer teilt hierzu mit, die Anregungen in Ziffer 1 und 2 würden sofort umgesetzt, die anderen Anregungen werde die Verwaltung an die IKPS weitergeben und mit ihnen deren Umsetzbarkeit diskutieren.

Auf Nachfrage von Frau Schundau zu unterschiedlichen Angaben bezüglich der Kosten für die Erstellung des Sportentwicklungsplans und ob keine billigere Lösung gefunden werden könne, erläutert Herr Dr. Speer, dass für die Erstellung des Sportentwicklungsplans 60.000 Euro im Haushalt eingestellt worden seien. Der Haushalt und die damit korrespondierenden Haushaltsziele seien vom Rat so beschlossen worden. Mit diesem Betrag werde der gesamte Prozess, der fünf Module umfasst, finanziert: die Datenerhebung, die Auswertung, die Begleitung bei der Bürgerbeteiligung, die Erstellung eines beschlussfähigen Plan und die Druckfassung durch die IKPS.

Frau Winkels möchte gerne noch wissen, inwieweit das Sportangebot vom Nachmittagsangebot der Schulen genutzt werden könne und was diese noch benötigen würden.

Frau Lehnert findet den Fragebogen sehr umfangreich und hofft, dass die benötigten Essenzen herausgezogen werden können. Frau Koshofer schließt sich dem an und hofft auf eine hohe Beteiligung durch die Bürger, die über das repräsentative Verfahren ausgesucht würden.

Die Vorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

9. Schenkung des Sammlerehepaares Welle in Paderborn an die Galerie Villa Zanders
331/2009

Herr Dr. Mieke dankt dem Sammler-Ehepaar Welle für diese Schenkung. Herr Kleine schließt sich diesem Dank an und weist noch auf den beträchtlichen Wert der Schenkung hin.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig** folgende Beschlussempfehlung:

In Anbetracht des hohen Stellenwertes der Papierarbeiten Kunklers für den städtischen Kunstbestand empfiehlt die Verwaltung, die Schenkung mit einem herzlichen Dank an die Eheleute Welle anzunehmen.

10. Ausbau der Infrastruktur aus Mitteln des Konjunkturpaketes II (Bücherei Bensberg)
0365/2009

Herr Dr. Speer teilt mit, Ziffer 2 und 3 des Beschlussvorschlages müssten nach rechtlicher Prüfung durch den Justitiar der Stadt Bergisch Gladbach wie folgt ergänzt werden.

Ziffer 2 wird um zwei Einfügungen ergänzt: „Hierfür erhält „Progymnasium e.V.“ **bzw. eine dessen Tochtergesellschaften** zur Errichtung des Gebäudes, **konkret für anteilige Flächen für die Bücherei**, einen Investitionszuschuss von 200.000 Euro aus dem Konjunkturpaket II. Die Büchereinutzung ist per Grunddienstbarkeit nachhaltig auf 20 Jahre abzusichern.“

Ziffer 3 wird um folgenden Satz ergänzt: „**Der Abschluss dieser Vereinbarung ist Voraussetzung zur Gewährung des o.a. Investitionszuschusses.**“

Diese Ergänzungen dienen der Präzisierung.

Herr Kleine möchte noch wissen, ob der Investitionszuschuss in Höhe von 200.000 € aus dem Konjunkturpaket II kommt. Dies wird seitens der Verwaltung bejaht.

Frau Lehnert erklärt, die CDU-Fraktion sei froh, wenn der Solitär nun fertig gestellt und seiner eigentlichen Nutzung zuführt werden könne. Gleichwohl sei bei Ziffer 3 bei den Rahmenbedingungen noch zu prüfen, ob auch eine Trägergemeinschaft Stadt und Progymnasium e.V. zum Tragen kommen könne. Ferner müsse ein schlüssiger Finanzierungsplan vorgelegt werden. Des Weiteren seien die Eigentumsverhältnisse an dem Gebäude zu klären; evtl. solle bzw. könne es ein Teileigentumsrecht der Stadt geben. Ebenso müsse die Personalaufsicht geregelt werden. Die Fragen möge die Verwaltung bitte noch bedenken und überprüfen. Dann könne die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Herr Mumdey teilt mit, bezüglich der Trägerschaft sei ein Gespräch mit dem Progymnasium und dem Zuschussgeber Aktion Mensch geführt worden. Bedingung für den Zuschuss sei, dass die Trägerschaft beim Progymnasium bleibe. Dies bedeute aber nicht, dass das Progymnasium oder eine Tochtergesellschaft alles allein regeln müsse. Das Progymnasium könne die Stadt auch mit der Durchführung bestimmter Aufgaben beauftragen. Seiner

Auffassung nach sei dies das geeignetste Konstrukt, um Personalangelegenheiten zu regeln. Als Auftragnehmer bliebe die Stadt Vorgesetzte über das eingesetzte Personal. Die Frage des Teileigentumsrechts sei zu prüfen. Ziel müsse es in jedem Fall sein, die Rechte der Stadt zu sichern.

Herr Kamp meint, es seien noch viele Dinge unausgegoren und nicht hundertprozentig sicher. Auf Grund der Erfahrung der letzten Jahre mit dem Progymnasium plädiere die BfBB-Fraktion dafür, erst die Verträge zu machen, bevor eine Freigabe der Mittel erteilt werde. Ansonsten möchte sie eine Vertagung beantragen.

Auf den Hinweis von Herrn Dr. Miede, dies werde durch den Zusatz in Ziffer 3, auf den Herr Dr. Speer in seiner Einleitung hingewiesen habe, geregelt, entgegnet Herr Kamp, dies würde seiner Meinung nach nur einen Teil entkräften. Sichergestellt werden solle, dass der Vertrag mit der juristischen Person gemacht werde, die die Arbeiten durchführe.

Herr Dr. Miede erkennt die Einwände von Herrn Kamp und Frau Lehnert als berechtigt an, weist aber darauf hin, durch die Ergänzungen werde ein ausreichender Schutz geboten. Er plädiert für eine positive Entscheidung über die Beschlussempfehlungen in der jetzigen Sitzung. Eine Prüfung, ob die von Frau Lehnert und Herrn Kamp geäußerten Anregungen und Bedenken in die Vereinbarung aufgenommen worden seien, könne erst erfolgen, wenn diese Vereinbarung vorliege.

Herr Kleine schließt sich Herrn Dr. Miede an. Auch er plädiert für eine Entscheidung in der jetzigen Sitzung. Ferner werde der Ausschuss ja weiterhin mit dem Thema Stadtteilbibliothek Bensberg konfrontiert.

Frau Koshofer teilt für die FDP-Fraktion mit, dass sie trotz starker Bedenken bezüglich der Folgen für die Stadt dem Beschlussvorschlag zustimmen könne.

Auf die Frage von Frau Schundau, wie der Investitionszuschuss in Höhe von 200.000 Euro durch die Stadt abgesichert sei, erklärt Herr Mumdey, dies könne durch die vorgeschlagene Grunddienstbarkeit alternativ Teileigentumsrecht geregelt werden. Entsprechende Verhandlungen seien noch zu führen.

Herr Kamp beantragt eine Vertagung. Er betont, die BfBB-Fraktion möchte die Bücherei Bensberg haben, aber auch sicherstellen, dass die Mittel aus dem Konjunkturpaket II nachher nicht sinnlos oder evtl. an der verkehrten Stelle verwendet werden.

Frau Koshofer schließt sich Herrn Kamp an. Auch die FDP-Fraktion habe - wie schon erwähnt - Bedenken. Zwar sei in Ziffer 3 der Zusatz aufgenommen worden, trotzdem möchten auch sie nun eine Vertagung.

Herr Mumdey stellt noch mal klar, durch den Zusatz in Ziffer 3 sei geregelt, dass Mittel erst ausgezahlt würden, wenn die Vereinbarung zu Stande gekommen sei.

Der Ausschuss stimmt sodann über den Antrag der BfBB-Fraktion „Vertagung dieser Beschlussvorlage für die Bücherei Bensberg in die nächste Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport“ ab.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **mehrheitlich** bei drei Ja-Stimmen (eine BfBB und zwei FDP) und einer Enthaltung (Bündnis 90/Die Grünen) folgenden Beschluss:

Der Antrag der BfBB-Fraktion auf Vertagung dieser Beschlussvorlage für die Bücherei Bensberg in die nächste Sitzung des ABKSS wird abgelehnt.

Danach stimmt der Ausschuss einzeln über die Punkte 1 bis 3 des Beschlussvorschlages inklusive der von Herrn Dr. Speer mitgeteilten Ergänzungen ab.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst zu Ziffer 1 **einstimmig** bei zwei Enthaltungen (BfBB und Bündnis 90/Die Grünen) folgende Beschlussempfehlung:

- 1. Die Stadtteilbücherei Bensberg soll ab dem 1.1.2011 in dem neu errichteten Gebäude Schlosstr. 86 (Solitär) betrieben werden.**

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst zu Ziffer 2 **einstimmig** bei einer Enthaltungen (Bündnis 90/Die Grünen) folgende Beschlussempfehlung:

- 2. Hierfür erhält „Progymnasium e.V.“ bzw. eine dessen Tochtergesellschaften zur Errichtung des Gebäudes, konkret für anteilige Flächen für die Bücherei, einen Investitionszuschuss von 200.000 Euro aus dem Konjunkturpaket II. Die Büchereinutzung ist per Grunddienstbarkeit nachhaltig auf 20 Jahre abzusichern.**

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst zu Ziffer 3 **einstimmig** bei einer Enthaltungen (Bündnis 90/Die Grünen) folgende Beschlussempfehlung:

- 3. Zu Beginn der neuen Ratsperiode legt die Verwaltung dem ABKSS ein beschlussfähiges Konzept zur Trägerschaft und den Rahmenbedingungen sowie eine entsprechende Kooperationsvereinbarung vor. Der Abschluss dieser Vereinbarung ist Voraussetzung zur Gewährung des o.a. Investitionszuschusses.**

11. Sprach- und Leseprojekt 2009
0364/2009

Herr Dr. Miede stellt fest, dass Inhalt und Darstellung dieses Projektes überaus überzeugend seien. Er lobt diese Initiative; sie sei außergewöhnlich und wichtig.

Herr Dr. Speer lädt alle Ausschussmitglieder ein, die interessanten Veranstaltungen zu besuchen

Die Vorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

12. Antrag der FDP-Fraktion vom 15.06.2009 auf Initiierung eines Projektes "Schultechnikum Rheinberg"
0351/2009

Herr Dr. Speer teilt mit, die FDP-Kreistagsfraktion habe einen gleich lautenden Antrag an den Schulausschuss des Kreises gestellt, welcher am 09.09.2009 tagte. Die Verwaltung des Kreises habe vorgeschlagen, den Antrag der FDP-Kreistagsfraktion im Bildungsnetzwerk RheinBerg weiterzubehandeln. Die Verwaltung der Stadt Bergisch Gladbach möchte dies gerne weiter ausdifferenzieren und schlage daher vor, den Antrag zweigeteilt zu behandeln. Das Schultechnikum RheinBerg mit dem Schwerpunkt Technik könne ein Projekt im Rahmen des

Bildungsnetzwerkes sein. Für den Schwerpunkt MIN[T] (Mathematik – Informatik – Naturwissenschaften –[Technik]) solle im Bergisch Gladbach ein eigenes ZDI (Zukunft durch Innovation)-Zentrum installiert werden. Die schulischen Voraussetzungen seien gegeben. Das Otto-Hahn-Gymnasium sei bereits als MIN-Schule anerkannt und ausgezeichnet worden. Der Schulleiter habe großes Interesse daran, dass an seiner Schule ein solches ZDI-Zentrum entstehen könne. Eine Kooperation mit einer ortsansässigen Firma im Bereich Naturwissenschaften sei bereits eingegangen worden. Die Installation eines eigenen ZDI-Zentrums in Bergisch Gladbach stelle auch einen weiteren Mosaikstein in der Entwicklung der kommunalen Bildungslandschaft dar.

Herr Schneeloch möchte gerne noch wissen, was mit Selbstträgerschaft (Seite 32) gemeint sei. Dazu spricht er die aktive Beteiligung der Kommune (Seite 32 unten) an und fragt nach, inwieweit die Kommune beteiligt werde und in welcher Form dies geschehen solle. Ferner möchte er wissen, wer den Kosten- und Finanzierungsplan erstelle und wer die anfallenden Kosten trage. Des Weiteren interessiert ihn die zeitliche Umsetzbarkeit bis 2010. Zuletzt fragt er nach dem Verhältnis zwischen regionalem Bildungsnetzwerk - welches ja schon bestehe - und ZDI-Zentrum.

Herr Dr. Speer erläutert, Selbstträgerschaft bedeute konkret, dass jedes Zentrum sich selber finanzieren müsse, um arbeiten zu können. Für das städtische Projekt könne auf Grund der derzeitigen Haushaltslage keine zusätzlichen städtischen Mittel bereitgestellt werden. Evtl. könne auf die Mittel für „Unterstützung des Projektes eigenverantwortliche Schule“ zurückgegriffen werden. Daher sei auch eine Requirierung von Drittmittel über die Partnerschaften mit den Firmen und über Stiftungen anzustreben. Zur Frage der aktiven Beteiligung der Kommune erklärt Herr Dr. Speer, beim geplanten Modell sei auch eine Kooperation zwischen dem OHG und der Firma ohne kommunale Beteiligung möglich. Er persönlich fände es aber sehr schade, wenn der Fachbereich 4 nicht an dem Projekt beteiligt sei, da ja auch kommunale Interessen tangiert seien. Bezüglich der zeitlichen Realisierbarkeit hat er für das städtische Projekt keine Bedenken, da das OHG in den Planungen schon relativ weit sei. Für die zeitliche Umsetzung des mehr auf Technik orientierten ZDI-Zentrums im Rahmen des Bildungsnetzwerkes des Kreises könne er keine Prognose abgeben; dieses Thema werde sicherlich auf der Lenkungskreissitzung angesprochen werden.

Frau Koshofer freut sich über diese Umsetzung des FDP-Antrages. Sie regt an, auch andere interessierte Fachleute mit einzubeziehen, die sich evtl. auch um Sponsorengelder kümmern könnten.

Herr Dr. Speer erklärt, er sei dankbar über jeden Interessierten, der sich in dieser Angelegenheit engagieren möchte.

Auf Rückfrage von Frau Schundau erklärt Herr Dr. Speer, der Rheinisch-Bergische Kreis sei so groß, dass die Installation von zwei ZDI-Zentren möglich sei. Eines solle unter dem Arbeitstitel RheinBerg-Technikum unter Federführung des Kreises den Schwerpunkt auf die technische Orientierung legen. Das Themenfeld Übergang Schule – Beruf sei stark betroffen, eine Zusammenarbeit mit den technischen Fachhochschulen möglich. Das andere ZDI-Zentrum mit dem Schwerpunkt Naturwissenschaften könne am Otto-Hahn-Gymnasium installiert werden.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:

Der von der Verwaltung vorgeschlagenen Vorgehensweise wird zugestimmt.

13. Anfragen der Ausschussmitglieder

Auf Nachfrage von Herrn Mömkes zum neuen Design der Einladung und der Vorlagen erklärt Herr Dr. Speer, dass es nun eine neue Software mit dem Namen Session gebe, mit dem der Sitzungsdienst bearbeitet werde. PVRAT sei der Name des ehemaligen Sitzungsdienstprogramms gewesen.

Hinweis von FB 4:

PVRAT ist der Produktname des Sitzungsmanagement, Bürger- und Ratsinformationssystem der Firma ProVox.

Ferner spricht Herr Mömkes den Personalabbau in der Schulbibliothek im NCG an und möchte gerne wissen, wie dieser Mangel in Zukunft ausgeglichen werde. Herr Dr. Speer teilt dazu mit, am NCG sei nun der personelle Zustand hergestellt, der durch den Ratbeschluss vorgegeben werde. Danach stehe jeder Schule eine halbe Stelle schulbibliothekarischer Dienst zu. In der Stadtbücherei sei eine Mitarbeiterin altersbedingt ausgeschieden und diese Lücke sei durch diese interne Umbesetzung geschlossen worden.

Bürgermeister

Schriftführung